

## Einladung Herbstversammlung der IG eHealth vom 20. Oktober 2020

- Teilnehmer: Mitglieder IG eHealth
- Datum: Dienstag, 20. Oktober 2020
- Zeit: 16:30 Uhr bis 18:30 Uhr inkl. Apéro
- Ort: Hochschule Luzern, Campus Zug-Rotkreuz, Suurstoffi 1, 6343 Rotkreuz  
Gebäude: Haus A (S1A), Raum: Audi MIDI
- Anmeldung: Bitte melden Sie sich bis am 14. Oktober an: [Anmeldung](#)
- Für ein allfälliges Corona-Contact-Tracing bitten wir Sie um die Angabe ihrer Kontaktdaten. Bitte beachten Sie die Maskenpflicht im Veranstaltungsraum.

Traktanden
<b>1. Begrüssung</b>
- Vorstellung Anna Hitz, Präsidentin IG eHealth
<b>2. Stand Umsetzung Schwerpunkte 2020</b>
<i>a. Organisation und Durchführung eines Verbands-Gipfels «Digitale Transformation im Gesundheitswesen»</i>
Diskussion mit Stakeholdern und Mitgliedern der Gesundheitskommission über ausgewählte strategische Themenfelder im Rahmen der Revision des EPDG und ausserhalb des EPDG.
- Umfrage bei Teilnehmenden
- Sonderbudget Gipfel
<i>b. Gründung Allianz Digitales Gesundheitswesen</i>
Zweck: Vorbesprechung und Koordination der Themenfelder und des Lobbyings mit zentralen Gesundheitsorganisationen
<i>c. Issue Monitoring- und Management</i>
- Überprüfung gesundheitspolitischer Vorlagen (Vernehmlassungen, Gesetze, parlamentarische Vorstösse) bezüglich eHealth-Tauglichkeit
- politisches Lobbying zur Vertretung der Industrie-Anliegen
<i>d. Vertretung der Industrie im «Beirat der Umsetzer und User» von eHealthSuisse»</i>
<i>e. Information/Kommunikation</i>
- Mitgliederversammlungen / Mitgliederinformationen per E-Mail
<i>f. Strategische Partnerschaften</i>
- Messen (Partnerschaften InfoSocietyDays, IFAS 2020, ICT Switzerland, FuW u.a.)
- Patronat parlamentarische Gruppe digitale Nachhaltigkeit
- Mitgliedschaft Verein eCH

### 3. Weitere Aktivitäten 2020

#### 3.1 Bericht aus dem Vorstand / Arbeitsgruppen

- Stand Arbeitsgruppe Digitale Transformation, Leitung: Anna Hitz
- Stand Arbeitsgruppe Elektronisches Patientendossier, Leitung: Urs Stromer
- Stand Arbeitsgruppe Automatisierung, Leitung: Ovidiu Naicu
- Arbeitsgruppe Koordination Standardisierung, Leitung: Martin Rüfenacht

On hold:

- Arbeitsgruppe Kommunikation, Leitung: Stefan Wild

#### 3.2 Parlament

- Geschäft des Bundesrates [19.078](#): Legislaturplanung 2019-2023
- Aktuelle parlamentarische Vorstösse mit Bezug zu eHealth (siehe Anhang)

#### 3.3 Vernehmlassungen

- [KVG-Änderung](#): Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 2

#### 3.4 Beirat eHealthSuisse

- Mündliche Information Anna Hitz / Walter Stüdeli

### 4. Varia

- Informationsanlass «Die eMedikation im weiteren Umfeld des EPD» vom 29. Oktober 2020. Die IG eHealth ist Partner.
- Hinweis zum FuW «Health 2.020» vom 28. Oktober 2020. Die IG eHealth ist Kooperationspartner.
- [Handelskammer beider Basel](#) erarbeitet Handlungsempfehlung für Umgang mit Gesundheitsdaten

### Ende des «offiziellen» Teils

#### Referate

1. «Der Feind in meinem (Spital-)Bett und die Herausforderungen im Gesundheitswesen»  
Prof. Peter Fischer (Hochschule Luzern – Informatik)
2. «Gesundheitswesen wird zum Gesundheitsnetzwerk»  
Ovidiu Naicu (Sales Director – Healthcare, UiPath Switzerland GmbH)

## Anhang: Parlamentarische Vorstösse mit Bezug zu eHealth

### Eingereicht / In Beratung:

<b>Titel</b>	<b>Einführung eines E-Rezepts</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">20.3770</a>
Eingereicht von	Regine Sauter
Status	Eingereicht am 18.06.2020 Im Rat noch nicht behandelt
Antrag	Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit Rezepte für Heilmittel grundsätzlich elektronisch ausgestellt und digital übertragen werden müssen. In Anbetracht unterschiedlicher digitaler Kompetenzen von Patientinnen und Patienten ist eine angemessene Alternative zum digitalen Rezept in Papierform vorzusehen.
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

<b>Titel</b>	<b>Elektronisches Patientendossier. Kompetenzen der Patientinnen und Patienten fördern</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">20.3506</a>
Eingereicht von	Baptiste Hurni
Status	Eingereicht am 03.06.2020 Im Rat noch nicht behandelt
Antrag	Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtliche Grundlage zu schaffen, die notwendig ist, um Patientenorganisationen und Gesundheitsligen damit zu beauftragen, Informationsanlässe und Kursangebote für Patientinnen und Patienten zur Nutzung der elektronischen Patientendossiers zu organisieren. Diese Veranstaltungen sollen es den zukünftigen Nutzerinnen und Nutzern ermöglichen, die digitalen Instrumente im Zusammenhang mit dem EPD zu beherrschen und ihre Gesundheitskompetenzen zu stärken. Patientinnen und Patienten sollen sich dank diesen Angeboten an eine Vertrauensperson wenden können, die sie berät und orientiert. Dies setzt insbesondere voraus, dass die beauftragten Organisationen frei von jeglichen Interessenskonflikten sind.
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

<b>Titel</b>	<b>Elektronische Rechnungen auch im elektronischen Patientendossier ablegen</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">20.3452</a>
Eingereicht von	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR
Status	Eingereicht am 14.05.2020 Motion an 2. Rat
Antrag	Der Bundesrat wird beauftragt, eine gesetzliche Bestimmung vorzulegen, mit welcher das Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier so geändert werden kann, dass die Leistungserbringer in einem bestimmten Bereich des elektronischen Patientendossiers elektronische Rechnungen ablegen können. Mit dieser gesetzlichen Bestimmung soll sichergestellt werden, dass für den medizinischen Teil des elektronischen Patientendossiers alle bisherigen Garantien in Sachen Vertraulichkeit gewährleistet sind.
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

<b>Titel</b>	<b>Bessere Qualität und höhere Patientensicherheit</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">20.3209</a>
Eingereicht von	Damian Müller
Status	Eingereicht am 04.05.2020 Im Rat noch nicht behandelt
Antrag	Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit Rezepte für Heilmittel elektronisch im Rahmen des e-Medikationsprozesses ausgestellt und digital übertragen werden können.
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

<b>Titel</b>	<b>Covid-19. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">20.3243</a>
Eingereicht von	FDP-Liberale Fraktion
Status	Eingereicht am 04.05.2020 Motion an 2. Rat

Antrag	<p>Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um den Digitalisierungsprozess unseres Gesundheitssystems zu beschleunigen. Der Akzent soll dabei unter anderem auf den folgenden Punkten liegen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Das elektronische Patientendossier muss im Gesundheitswesen für alle Akteure rasch zur Norm werden.</li> <li>2. Der Einsatz der Telemedizin ist anerkannt und wird gefördert.</li> <li>3. Jede Art von Korrespondenz zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen erfolgt digital. Ausnahmen sind möglich für die Kommunikation mit Patientinnen und Patienten, die beschränkt Zugang zu digitalen Kommunikationsmitteln haben.</li> <li>4. Der Einsatz von Anwendungen, die es den Patientinnen und Patienten erlauben, ihren Gesundheitszustand zu kontrollieren, wird gefördert, auch in der Grundversicherung.</li> <li>5. Der Online-Bezug von Medikamenten wird erleichtert und während der Krise des Gesundheitswesens gefördert.</li> </ol>
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Annahme der Ziffern 1 bis 3 und die Ablehnung der Ziffern 4 und 5.

<b>Titel</b>	<b>Elektronisches Patientendossier: für alle am Behandlungsprozess beteiligten Gesundheitsfachpersonen</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">19.3955</a>
Eingereicht von	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR
Status	Eingereicht am 04.07.2019 Motion an 2. Rat
Antrag	Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen auszuarbeiten, damit alle Leistungserbringer beziehungsweise Gesundheitsfachpersonen verpflichtet werden, sich einer zertifizierten Gemeinschaft oder Stammgemeinschaft nach Artikel 11 Buchstabe a des Bundesgesetzes vom 19. Juni 2015 über das elektronische Patientendossier anzuschliessen.
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

<b>Titel</b>	<b>Elektronisches Patientendossier. Verbreitung mit alternativen Versicherungsmodellen fördern</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">19.3130</a>
Eingereicht von	Lorenz Hess
Status	18.03.2019 Im Rat noch nicht behandelt
Antrag	Der Bundesrat wird beauftragt, in den einschlägigen Gesetzen zu gewährleisten, dass das elektronische Patientendossier (EPD) ein Vertragsbestandteil von alternativen Versicherungsmodellen innerhalb des Krankenversicherungsgesetzes sein kann.
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

<b>Titel</b>	<b>Unbestrittene Statistiken von einem unabhängigen Organ erstellen lassen. Eine unerlässliche Voraussetzung für die Steuerung des Gesundheitssystems</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">18.3433</a>
Eingereicht von	Olivier Feller
Status	Eingereicht am 31.05.2018 Motion an 2. Rat
Antrag	Um das Gesundheitssystem zu steuern und es der Entwicklung der Bedürfnisse und der Kosten anzupassen, wird der Bundesrat beauftragt, die Aufgabe der Erstellung unbestrittener und aktueller Statistiken einem unabhängigen Organ anzuvertrauen, wie zum Beispiel dem Bundesamt für Statistik.
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

**Erledigt:**

<b>Titel</b>	<b>Zu welchen Mehrkosten führt der Kurswechsel der Behörden beim elektronischen Patientendossier?</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">20.3596</a>
Eingereicht von	Edith Graf-Litscher
Status	Erledigt
Antrag	<p>Im Zusammenhang mit der Ordnungsrevision der eMedikation stellen sich folgende Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Braucht es für alle Zusatzservices wie die eMedikation separate Ordnungsänderungen? Oder können die Berechtigungen und die Verantwortlichkeiten zur Anwendung von Zusatzservices generell in der EPDV geregelt werden?</li><li>2. Trifft die Aussage zu, dass die Umsetzung des eMedikationsplans für Stammgemeinschaften mit ähnlichen Investitionen in Millionenhöhe verbunden sind wie beim aktuellen statischen EPD? Ist jeder Zusatzservice mit so hohen Investitionskosten verbunden? Welche Kosten entstehen durch die Zertifizierungen eines Zusatzservices?</li><li>3. Plant der Bundesrat, dem Parlament einen Vorschlag für eine Anschubfinanzierung der Zusatzservices zu unterbreiten, wie er dies beim EPD als Basisservice gemacht hatte?</li><li>4. Könnte das Fehlen einer Finanzierungslösung für die eMedikation dazu führen, dass einzelne Stammgemeinschaften die Investition aufschieben oder gar den Betrieb einstellen müssen?</li><li>5. Was sind die Folgen für die Patienten und die Leistungserbringer, wenn nicht alle Stammgemeinschaften die eMedikation im EPD gleichzeitig anbieten können?</li><li>6. Wie beurteilt der Bundesrat die Gefahr, dass sich Leistungserbringer erst dann einer Stammgemeinschaft anschliessen, wenn im EPD mit der eMedikation ein erster Use Case funktioniert. Basierend auf einem Rechtsgutachten wurde bereits kommuniziert, dass ein verspäteter Anschluss an eine Stammgemeinschaft kein Grund ist, von der Spitalliste entfernt zu werden.</li></ol>
Position Bundesrat	Liegt vor.

<b>Titel</b>	<b>Unklarheiten bei der Zertifizierung führen zu Startschwierigkeiten und Mehrkosten beim elektronischen Patientendossier</b>
--------------	---

Geschäftsnummer	<a href="#">20.3595</a>
Eingereicht von	Edith Graf-Litscher
Status	Erledigt
Antrag	<p>Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. In der EPDG-Botschaft werden die Kosten der Zertifizierung einer Stammgemeinschaft auf 100 000 Schweizer Franken geschätzt. Trifft es zu, dass die effektiven Kosten bis zu 1 Million Schweizer Franken betragen?</li> <li>2. Weshalb wurden die TOZ und weitere Zertifizierungsvorgaben während laufender Zertifizierungsverfahren angepasst? Trifft es zu, dass das BAG, die Akkreditierungsstelle und die Zertifizierungsstellen über den 15. April 2020 hinaus Gespräche über die Prüflöge und Prüftiefe führen? Wann liegen die verbindlichen Vorgaben vor?</li> <li>3. Trifft es zu, dass die Zertifizierungsstellen bereits professionell geprüfte Infrastrukturen der Technikprovider weiteren technischen Sicherheitsprüfungen unterziehen müssen?</li> <li>4. Wann rechnet der Bundesrat damit, dass die erste Stammgemeinschaft und wann die letzte die Zertifizierung abgeschlossen hat?</li> <li>5. Wie gross ist nach heutigen Erkenntnissen der finanzielle Aufwand für den Aufbau, die Zertifizierung und den Betrieb einer Stammgemeinschaft? Welche Folgen hat die Kostensteigerung der Zertifizierung für die Finanzierung der Stammgemeinschaften?</li> <li>6. Die Aufbaukosten sind durch erweiterte Zertifizierungsanforderungen stark gestiegen. Was unternimmt der Bundesrat, um die Anschubinvestitionen zu schützen und zu verhindern, dass Stammgemeinschaften den Betrieb einstellen müssen? Sind die Mittel der Anschubfinanzierung im Falle einer Betriebsaufgabe oder Fusion mit einer anderen Stammgemeinschaft zurückzubezahlen?</li> <li>7. Sind zertifizierte elektronische Identitäten für das EPD verfügbar und was kosten diese? Verfügen nun alle Stammgemeinschaften über zertifizierte elektronische Identitäten für Patienten und Gesundheitsfachpersonen?</li> <li>8. Wie beurteilt der Bundesrat die Idee, dass es aus Sicherheitsüberlegungen reichen würde, einzig die Plattformbetreiber zu zertifizieren?</li> </ol>
Position Bundesrat	Liegt vor.



<b>Titel</b>	<b>Strategie "Digitale Schweiz" nach dem Coronavirus</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">20.3363</a>
Eingereicht von	Fabien Fivaz
Status	Angenommen
Antrag	Der Bundesrat wird aufgefordert, die Strategie "Digitale Schweiz" aufgrund der während der Epidemie gesammelten Erfahrungen zu aktualisieren. Der Bericht soll die Risiken und Chancen der vermehrten Nutzung der digitalen Hilfsmittel im beruflichen und privaten Rahmen aufzeigen, insbesondere in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit und Datenschutz.
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

<b>Titel</b>	<b>Je besser die Daten, desto besser die Politik</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">20.3352</a>
Eingereicht von	Gerhard Andrey
Status	Angenommen
Antrag	Der Bundesrat wird aufgefordert, einen Bericht über die Erhebung und Aufbereitung der Daten in Zusammenhang mit den Covid19-Fallzahlen und der Kapazität respektive Belegung der Spitalinfrastrukturen in den Kantonen zu erstellen. Diese Daten waren und bleiben die wesentliche Grundlage zur Ausgestaltung der behördlichen Massnahmen in der der Bewältigung der Corona-Krise.  Zudem soll der Bericht Aussagen über den Stand der Umsetzung der Open Data Strategie des Bundes enthalten.
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

<b>Titel</b>	<b>Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikationsfehler durch E-Health reduzieren</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">19.4119</a>
Eingereicht von	Hans Stöckli
Status	Angenommen
Antrag	Der Bundesrat wird beauftragt, folgende Massnahmen zu ergreifen, welche die Anwendungssicherheit von Kinderarzneimitteln erhöhen:

	<p>1. Zur Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie wird der Bundesrat aufgefordert, seine Kompetenz im Rahmen von Artikel 26 HMG auszuschöpfen und den Einsatz E-Health-gestützter klinischer Entscheidungsunterstützungstools zur Vermeidung von Dosierungsfehlern mindestens im stationären Bereich und in der Offizinapotheke als verbindlich zu erklären.</p> <p>2. Die Kosten für die Implementierung der harmonisierten Dosierungsempfehlungen und die Anwendung von E-Health-gestützten klinischen Entscheidungsunterstützungstools sind in den Tarifen zu berücksichtigen.</p>
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Annahme der Ziffer 1 und die Ablehnung der Ziffer 2 der Motion.

<b>Titel</b>	<b>Gremium zur strategischen Begleitung der digitalen Transformation im Gesundheitswesen schaffen</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">19.4014</a>
Eingereicht von	Edith Graf-Litscher
Status	Erledigt
Antrag	<p>1. Wie beurteilt der Bundesrat die Notwendigkeit des Aufbaus von Kompetenz und Know-how beim Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) und beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) zur Betreuung und Bewältigung von Querschnittsaufgaben der digitalen Transformation im Gesundheitswesen?</p> <p>2. Welche der unten genannten Querschnittsaufgaben haben für den Bundesrat Priorität?</p> <p>3. Gibt es weitere Aufgaben bei der Herausforderung digitale Transformation im Gesundheitswesen?</p> <p>4. Wie wird unter den Departementen die Koordination zu digitalen Themen sichergestellt (z. B. E-ID)?</p> <p>5. Welche personellen Ressourcen sind für die nächsten drei bis fünf Jahre einzuplanen bzw. zu budgetieren?</p>
Position Bundesrat	Liegt vor.

<b>Titel</b>	<b>Abnehmende Dynamik bei der Digitalisierung. Was unternimmt der Bundesrat?</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">19.3205</a>
Eingereicht von	Thierry Burkart
Status	Erledigt
Antrag	<p>Die Dynamik in Bezug auf die Digitalisierung hat in der Schweiz abgenommen. Verursacht wird dieser Umstand durch den bestehenden Regulierungsrahmen und angekündigte neue Regulierungsabsichten, die innovationshemmend wirken. Damit vergibt sich die Schweiz ihre gute Ausgangslage in verschiedenen Branchen.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird der Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen gebeten:</p> <p>1. Im Strassenverkehr war die Schweiz eines der ersten Länder, die Pilotversuche mit autonomen Fahrzeugen durchgeführt haben. Sie war ebenfalls Pionierin, als die ersten autonomen Lieferroboter durch unsere Strassen fuhren. Im Vergleich zu anderen Ländern, die wie z. B. Grossbritannien das Wiener Übereinkommen über den Strassenverkehr auch ratifiziert haben, werden aber weiter gehende Pilotprojekte (Stichwort "ohne Begleitperson") kaum mehr in der Schweiz durchgeführt. Was will er unternehmen, dass die Rahmenbedingungen hierzulande für den nächsten Schritt beim Einsatz von autonomen Fahrzeugen verbessert werden?</p> <p>2. Im Drohnenbereich ist die Schweiz dank einer liberalen und innovationsfreundlichen Gesetzgebung weltweit unter den führenden Nationen und ist ein Wissenshub. Nun soll eine Registrierungspflicht für Betreiber und deren Geräte ab Mitte 2020 eingeführt werden. Zudem fordern immer mehr Akteure Regulierungen. Dies ist nicht zwingend problematisch, solange dadurch die Sicherheit verbessert, die Innovation aber nicht benachteiligt wird. Wie will er sicherstellen, dass das Potenzial unbemannter Flugkörper weiterhin ausgeschöpft werden kann?</p> <p>3. Im Gesundheitsbereich wird immer wieder betont, dass die Digitalisierung (u. a. Telemedizin, Gesundheitsmonitoring via Apps) das Gesundheitswesen revolutionieren wird. Leider sind in den letzten Jahren keine erwähnenswerten Fortschritte zu verzeichnen. Woran liegen diese Verzögerungen, und was unternimmt er dagegen?</p> <p>4. Im Telekommunikationsbereich wurden die 5G-Frequenzen erfolgreich erteilt. Um einen flächendeckenden Ausbau von 5G zu ermöglichen, muss aufgrund der begrenzten Netzkapazitäten massiv in den Ausbau der Antenneninfrastruktur investiert oder die Grenzwerte gelockert werden. Beide</p>

	Optionen stellen grosse Hürden dar und könnten den Digitalisierungsprozess stark bremsen. Wie will er einen raschen Ausbau des 5G-Netzes ermöglichen?
Position Bundesrat	Liegt vor.

<b>Titel</b>	<b>Einen Anreiz schaffen, damit Krankenversicherte elektronische Patientendossiers eröffnen</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">18.3819</a>
Eingereicht von	Edith Graf-Litscher
Status	Erledigt (Abgeschrieben)
Antrag	Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine gesetzliche Rechtsgrundlage zu unterbreiten, die Anreize für alle Krankenversicherten schafft, E-Patientendossiers (EPD) im ambulanten Bereich zu eröffnen und zu verwenden.
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

<b>Titel</b>	<b>Recht auf einen Medikationsplan zur Stärkung der Patientensicherheit</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">18.3512</a>
Eingereicht von	Hans Stöckli
Status	Angenommen
Antrag	Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Rechtsgrundlage zu unterbreiten, die für die Patientinnen und Patienten ein Anrecht schafft, einen elektronischen oder gedruckten Medikationsplan zu erhalten, sofern sie drei oder mehr Arzneimittel gleichzeitig einnehmen.
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

<b>Titel</b>	<b>Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung</b>
Geschäftsnummer	<a href="#">16.4011</a>
Eingereicht von	FDP-Liberale Fraktion
Status	Angenommen

Antrag	Der Bundesrat wird beauftragt sicherzustellen, dass Unternehmen nicht die gleichen Daten und Informationen an verschiedene Behörden liefern müssen. Die Koordination des Bundesamtes für Statistik, der verschiedenen Bundesämter sowie der Kantone und Gemeinden muss dazu führen, dass der Aufwand durch Befragungen und Kontrollen für die Unternehmen beträchtlich abnimmt.
Position Bundesrat	Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.